

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 10. September 2009, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Hermann Steiner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 42
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Martin Frey, Leiter Finanzabteilung
Franz Hard, Schulpflegepräsident

Protokoll: Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

Entschuldigt Bärlocher Rudolf, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
Baumann Jürg, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
Bader Markus, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
Willi Johanna, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
Kaufmann Marco, Mitglied des Einwohnerrates, Forum 5430
Huggenberger Jonas, Mitglied des Einwohnerrates, SP
Gellert Karin, Mitglied des Einwohnerrates, EVP
Müller Bernadette, Mitglied des Einwohnerrates, CVP

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 25. Juni 2009
 2. 1 Einbürgerung; Cossmann Peter, geb. 27. März 1968, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Säntisstrasse 10
 - 2.2 Einbürgerung; Gjini Hil, geb. 8. August 1972, Alidemaj Saranda, geb. 20. August 1979, Gjini Melisa, geb. 26. November 2003, und Gjini Gabriela, geb. 26. Mai 2006, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 53
 - 2.3 Einbürgerung; Knauth Axel, geb. 13. März 1970, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 32
 - 2.4 Einbürgerung; Milosevic Natasa, geb. 9. November 1984, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 15
 - 2.5 Einbürgerung; Nikolic Gorica, geb. 9. Mai 1982, serbische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Aeschstrasse 6a
 3. Trifkovic Sara, Schönaustrasse 25, Wettingen; Wahl als Mitglied des Wahlbüros

4. Kreditbegehren von Fr. 33'000.00 für Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen sowie Postulat Patrick Bürgi vom 26. Juni 2008 betreffend Schaffung einer Fachstelle Personal
5. Kreditbegehren von Fr. 2'769'000.00 für die Erneuerung der Werkleitungen des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, der Sanierung der Schartenfelsstrasse und der Kanalisation im Bereich der Schartenfelsstrasse 1 - 32
6. Kreditabrechnung von Fr. 212'353.25 für die Erneuerung der Kanalisation und die Strasseninstandstellung Hintere Höhenstrasse
7. Postulat Fraktion CVP vom 12. März 2009 betreffend Aufwertung unserer Naherholungsgebiete; Entgegennahme
8. Postulat Thomas Bodmer, SVP, vom 14. Mai 2009 betreffend Senkung der Strompreise und transparente Abrechnung des EWW; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung
9. Postulat Marie-Louise Reinert, EVP, vom 14. Mai 2009 betreffend Pflege des Ortsbildes im Nahbereich - Littering 2; Entgegennahme
10. Interpellation Josef Wetzel, SP, vom 14. Mai 2009 betreffend gefährliche Schlaglöcher und Strassenzustand; Beantwortung
11. Interpellation Wassmer Christian, CVP, vom 25. Juni 2009 betreffend schulergänzende Kinderbetreuung; Beantwortung

0. Mitteilungen

Der Präsident gratuliert Gemeinderat Roland Kuster zur Geburt der Tochter Sarina Loreana, welche am 13. August 2009, das Licht der Welt erblickte. Er wünscht ihm und der ganzen Familie alles Gute.

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2009, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Neueingänge

0.b.a Interpellation der Fraktion SP/WettiGrünen vom 10. September 2009 betreffend "Einführung Integrierte Heilpädagogik an Wettinger Schulen"

Auch nach der Abstimmung zum Bildungskleeblatt entwickelt sich die Schule weiter.

Im Kanton Aargau werden Kinder mit speziellen Bedürfnissen separiert in Kleinklassen oder seit einigen Jahren vermehrt integriert in Regelklassen unterrichtet. Das bedeutet, dass die Einschulungs- und Kleinklassen aufgehoben werden und alle Kinder die Regelschule besuchen. Die Lehrpersonen der Regelschule werden von Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen unterstützt.

Diese unterstützen einzelne Kinder oder kleine Gruppen von Kinder bei Bedarf. Forschungsergebnisse zu integrativen Schulungsformen zeigen, dass alle Kinder von der Integration profitieren.

In 89 Gemeinden des Kantons Aargau ist die Einführung von Integrierter Heilpädagogik bereits erfolgt. 69 Gemeinden starteten mit Integrierter Heilpädagogik vor zwei Wochen ins Schuljahr 2009/10. Im kommenden Schuljahr 2010/11 werden 50 weitere Gemeinden Integrierte Heilpädagogik einführen. 15 Gemeinden haben keinen strategischen Entscheid zur Einführung von Integrierter Heilpädagogik gefällt. Darunter fällt leider auch die Gemeinde Wettingen.

Wettingen soll eine integrationsfähige Schule werden und dringend ein Konzept zur integrierten Heilpädagogik erstellen. Dabei geht es nicht darum, wie leistungs- und funktionsfähig ein Kind ist, damit es integriert werden kann, sondern um die Frage, wie eine Schule beschaffen, ausgestattet und organisiert ist, damit sie in der Lage ist ein Kind mit speziellen Bedürfnissen zu integrieren.

Das Department BKS und die Fachhochschule FHNW unterstützen die Schulen bei der Einführung der Integrierten Heilpädagogik. Speziell für Lehrpersonen werden zudem vom BKS Kurse zur Kompetenzvertiefung in schulischer Heilpädagogik angeboten.

Ich hoffe sehr, die Schule Wettingen macht baldmöglich von diesen Angeboten Gebrauch.

Fragen an den Gemeinderat

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zur Einführung der Integrierten Heilpädagogik an Wettinger Schulen?
2. Welche Schritte zur Einführung der Integrierten Heilpädagogik hat der Gemeinderat bereits unternommen?
3. Welche Auswirkungen hat die Einführung der Integrierten Heilpädagogik auf die HPS? Wie geht der Gemeinderat damit um?
4. Wann kann mit einem Konzept zur Umsetzung der Integrierten Heilpädagogik gerechnet werden?
5. Wie wird der Einwohnerrat informiert werden?

0.b.b Postulat Thomas Bodmer vom 10. September 2009 betreffend Bekenntnis gegen eine Übernahme von Wettingen durch Baden

Der Gemeinderat Wettingen wird aufgefordert, sich zur Selbständigkeit Wettingens zu bekennen und sich so zu verhalten, dass das Ziel, die Unabhängigkeit zu erhalten, auf lange Sicht sichergestellt wird.

Begründung:

Baden beabsichtigt, Neuenhof zu übernehmen. Damit verliert Wettingen den Status als grösste Gemeinde des Kantons. Grösse allein bietet indessen keine Vorteile. So beabsichtigt Baden offenbar nicht, mit dem Zusammenschluss die zwangsläufig anfallenden Synergien zu nutzen und gewisse Doppelspurigkeiten zu eliminieren. Alle Kosten bleiben wie vorher, man rechnet einzig damit, dem Kanton weniger abführen zu müssen resp. vom Kanton zusätzliche Subventionen zu erhalten.

Für Wettingen hätte eine Übernahme durch Baden verheerende Folgen:

- Anhebung des Steuerfusses auf das hohe Badener Niveau
- Steigerung der Verwaltungskosten auf das Badener Niveau
- Verunmöglichung einer eigenständigen Verkehrspolitik mit den aus Baden bekannten Pfortneranlagen, Staus etc.
- Keine Stelleneinsparungen in Wettingen aber Verlagerung sämtlicher Entscheidzentren nach Baden
- Verlust der gemäss den Immobilienexperten Wüest und Partner höheren Standortattraktivität, Wertvernichtung
- Arbeitsplatzverlust im Wettinger Gewerbe, weil Aufträge vermehrt an die näher beim Entscheidzentrum anzusiedelnden Badener Gewerbetreibenden vergeben würden
- Zentralisierung der kulturellen Aktivitäten in Baden, Wettingen bekäme vielleicht - wenn überhaupt - die Hoheit im Bereich Sport

Vorteile hätte eine Übernahme durch Baden auch dann nicht, wenn der 1. gemeinsame Stadtpräsident in Wettingen wohnen würde.

Ich habe selbst lange eine Fusion Baden-Wettingen befürwortet, habe jedoch dazugelernt und kann heute darin keine Vorteile mehr erkennen. Die Class Politique handelt nicht nach rationalen Kriterien und oft nicht im Interesse der Steuerzahler und der Bürger, weshalb an sich logische Regeln bei Gemeinden nicht immer stimmen.

0.c Sitzungstermine 2010

Die Einwohnerratssitzungen finden in kommenden Jahren wie folgt statt:

21. Januar 2010, 19.00 Uhr	9. September 2010, 19.00 Uhr
11. März 2010, 19.00 Uhr	21. Oktober 2010, 19.00 Uhr
6. Mai 2010, 19.00 Uhr	11. November 2010, 19.00 Uhr
24. Juni 2010, 19.00 Uhr	9. Dezember 2010, 19.00 Uhr

1. Protokoll der Sitzung vom 25. Juni 2009

Das Protokoll der Sitzung vom 25. Juni 2009 wird genehmigt und der Verfasserin Sibylle Strebel verdankt.

2. Einbürgerungen

2.1 Einbürgerung; Cossmann Peter, geb. 27. März 1968, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Säntisstrasse 10

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, zugesichert.

- 2.2. Einbürgerung; Gjini Hil, geb. 8. August 1972, Alidemaj Saranda, geb. 20. August 1979, Gjini Melisa, geb. 26. November 2003, und Gjini Gabriela, geb. 26. Mai 2006, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 53**
- In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, zugesichert.
- 2.3. Einbürgerung; Knauth Axel, geb. 13. März 1970, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwysig-Strasse 32**
- In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, zugesichert.
- 2.4. Einbürgerung; Milosevic Natasa, geb. 9. November 1984, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 15**
- In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, zugesichert.
- 2.5. Einbürgerung; Nikolic Gorica, geb. 9. Mai 1982, serbische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Aeschstrasse 6a**
- In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, zugesichert.

3. Trifkovic Sara, Schönaustrasse 25, Wettingen; Wahl als Mitglied des Wahlbüros

Martin Alder, SP, hat als Mitglied des Wahlbüros per Ende 2008 demissioniert. Die SP-Ortspartei schlägt Sara Trifkovic, Schönaustrasse 25, Wettingen, als neues Mitglied des Wahlbüros vor.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Sara Trifkovic, Schönaustrasse 25, Wettingen, wird als neues Mitglied des Wahlbüros gewählt.

4. Kreditbegehren von Fr. 33'000.00 für Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen sowie Postulat Patrick Bürgi vom 26. Juni 2008 betreffend Schaffung einer Fachstelle Personal

Markus Maibach: Das Postulat der Fraktion SP/WettiGrünen stellt grundsätzliche Fragen zur Organisation. Gleichzeitig stellt das Postulat Patrick Bürgi Fragen zum Personalwesen. Der Gemeinderat hat entschieden, sich bei der Analyse der Fragestellungen durch die Firma Keller Unternehmensberatung extern unterstützen zu lassen. Es ist auf Basis der Offerte ein Kostendach vorgesehen.

Es wird ein prozessorientierter Ansatz vorgeschlagen. Dabei sollen die Abteilungsleiter einbezogen werden. Nach Initialgesprächen folgen Workshops. Der Expertenbericht liegt auf Ende Jahr vor.

Die Finanzkommission erachtet es angesichts der Komplexität und der Bedeutung der Fragestellung sinnvoll, sich eine Aussensicht durch einen Experten zu holen. Die angefragte Firma hat schon für die Gemeinde gearbeitet. Eine Ausschreibung ist nicht nötig. Werner Keller, Chef, wird den Prozess selber begleiten.

Die Kosten sind nach marktüblichen Sätzen aufgelistet. Es ist erwünscht, dass der Ende Jahr zu erwartende Bericht auch dem Einwohnerrat zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzkommission hat auch angeregt, dass die GPK allenfalls einbezogen wird. Die Finanzkommission beantragt einstimmig die Genehmigung des Kreditbegehrens.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Das Geschäft ist vom Betrag her nicht sehr eindrücklich. Aber die Bedeutung ist erkannt worden. Wir danken für die positive Aufnahme. Zehn Jahre nach LOWA, der leistungsorientierten Verwaltungsanalyse, sind in der Verwaltung kontinuierlich Aufgaben dazu gekommen. Es sind nicht nur neue Aufgaben dazu gekommen. Die Aufgaben haben auch in der Intensität zugenommen. So soll nun überprüft werden, ob die richtigen Stellen auch das Richtige machen. Es geht um eine systematische Bestandesaufnahme. Es soll ein kritischer Blick auf die Querschnittsaufgaben geworfen werden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 39 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen sowie dem Postulat Patrick Bürgi vom 26. Juni 2008 betreffend Schaffung einer Fachstelle Personal wird ein Kredit von Fr. 33'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

5. Kreditbegehren von Fr. 2'769'000.00 für die Erneuerung der Werkleitungen des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, der Sanierung der Schartenfelsstrasse und der Kanalisation im Bereich der Schartenfelsstrasse 1 - 32

Werner Hartmann: Die Finanzkommission empfiehlt einstimmig die Genehmigung des Kreditbegehrens. Aus den Fraktionen ist auch nichts Gegenteiliges zu vernehmen gewesen.

Ich will nur auf drei Punkte hinweisen: Erstens: Es konnte festgestellt werden, dass in der Kreditvorlage mehr Informationen enthalten sind. Es wird auf die Tabelle verwiesen. Es wird dargelegt, welche Ausgaben gebührenfinanziert sind. Anhand einer Karte kann ersehen werden, wo die Arbeiten ausgeführt werden sollen.

Zweitens: Ein zentraler Punkt ist die Dauer der Bauarbeiten. Das Projekt liegt am Hang. Die Strasse muss immer befahrbar bleiben. Es müssen Provisorien erstellt werden. Die Bauetappen kann man unterschiedlich lange gestalten.

Das führt zu entsprechenden Wartezeiten. In der Finanzkommission wurde auch über Anreizsysteme gesprochen.

Drittens: Die südliche Hälfte auf dem Westast weist komplizierte Besitzverhältnisse an der Strasse auf. Ein Teil liegt auf Wettinger Boden, der andere Teil ist Gebiet der Stadt Baden. Diese Parzellenteile gehören weiter noch verschiedenen Grundeigentümern. Die Erschliessung der betroffenen Liegenschaften geschieht zum Teil von der unteren Seite her. Das bedeutet, dass das Interesse an einer Sanierung resp. die Mitfinanzierung nicht sonderlich gross ist. Aus diesem Grund sind Gespräche zwischen den Gemeindevorstehern von Baden und Wettingen aufgenommen worden. Dazu informiert uns noch der zuständige Ressortvorsteher.

Gemeinderat Felix Feiner: Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Vorlage waren die Verhandlungen mit der Stadt Baden noch im Gange. Der Gemeinderat Wettingen wollte das Geschäft auf politisch höherer Ebene behandeln. Der Gemeindeammann Wettingen hat mit dem Stadtmann Baden Kontakt aufgenommen. Es konnte vereinbart werden, dass die Stadt Baden pauschal Fr. 110'000.00 zahlt. So kann der Randabschluss auf Gebiet der Stadt Baden gemacht werden, unter Federführung der Bau- und Planungsabteilung der Gemeinde Wettingen.

Leo Scherer: Die Fraktion steht hinter dem Geschäft. Wir regen an, dass nach Abschluss der Arbeiten aus dem Landerwerbskredit der Rest zu erwerben sei. Es würde dann die ganze Strasse im Eigentum Wettingens liegen. Es soll zweitens mit dem Stadtrat Baden Kontakt aufgenommen werden, dass in diesem Bereich eine Grenzberreinigung stattfinden kann. Wir würden dies gerne im Rahmen einer konsultativen Abstimmung dem Gemeinderat mit auf den Weg geben.

Werner Meister: Ich knüpfe an das Votum von Werner Hartmann an. Die Dauer des Bauvorhabens ist ein zentrales Thema. Es soll ein Unternehmer gesucht werden, der speditiv arbeitet. Es soll kein ewiges Werk wie an der Aeschstrasse entstehen. An der Schartenfelsstrasse kann im Gegensatz zur Aeschstrasse nicht ausgewichen werden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Erneuerung der Werkleitungen des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, der Sanierung der Schartenfelsstrasse und der Abwasserkanalisation im Abschnitt Schartenfelsstrasse 1- 32, wird ein Kredit von Fr. 2'769'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

6. Kreditabrechnung von Fr. 212'353.25 für die Erneuerung der Kanalisation und die Strasseninstandstellung Hintere Höhenstrasse

Werner Hartmann: Die Finanzkommission beantragt auch hier einstimmig die Genehmigung der Kreditabrechnung. Diese schliesst mit einem Minderaufwand von rund Fr. 20'000.00. In den Erläuterungen sind die Abweichungen beschrieben.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Kreditabrechnung von Fr. 212'353.25 (inkl. 7.6 % MwSt.) für die Instandstellung des Strassenoberbaus und die Erneuerung des Kanalisationssystems der Hinteren Höhenstrasse, Teilstück Leeweg bis Ausbauende, wird genehmigt.

7. Postulat Fraktion CVP vom 12. März 2009 betreffend Aufwertung unserer Naherholungsgebiete; Entgegennahme

Thomas Meier: Ich danke im Namen der Fraktion für die Übernahme. Was mit dem Postulat genau bezweckt werden soll, ist im Fraktionsbericht noch einmal ausführlich dargestellt worden. Es geht nicht um die Gestaltung eines Freizeitparks im Naherholungsgebiet. Es geht darum, ein bestehendes Naherholungsgebiet erstens leicht zu optimieren. Das ist immer möglich. Es soll zweitens aber auch bekannter, näher, begehbarer zu machen. Wir meinen, das Naherholungsgebiet zu kennen. Aber ganz genau sicher ist man doch nicht, welcher Weg wohin führt. Solche Benutzerfragen sind heute nicht beantwortet. Das Gebiet würde noch attraktiver, wüsste man, welche Wege einen wohin bringen.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Fraktion CVP, dass es sich beim Naherholungsgebiet Lägern-Eigi um einen wichtigen Bestandteil des Freizeitangebotes handelt und somit auch einen wichtigen Beitrag für die Standortqualität bringt.

Die Anforderungen an den Raum ausserhalb des Siedlungsgebietes sind vielfältig. Auf der einen Seite sind die Landwirte und Forstbetriebe darauf angewiesen, bei immer knapper werdenden Ressourcen einen kostendeckenden Betrieb bzw. eine kostendeckende Bewirtschaftung der Areale aufrecht zu erhalten. In intensiv bewirtschafteten Gebieten wie das Eigi müssen naturnahe Flächen und Strukturen angelegt bzw. gepflegt werden. Gut vernetzte naturnahe Kulturlandschaften bieten nicht nur Lebensraum für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten, sondern sind auch für die Erholung suchenden Menschen sehr attraktiv.

In den letzten Jahren nahm der Druck der Erholungsuchenden auf die Natur stetig zu. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat bereits zu einem früheren Zeitpunkt beschlossen, dass gewisse Gebiete für die Natur gefördert und andere Gebiete für die Erholungsuchenden aufgewertet werden.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass im Gebiet von Wettingen genügend öffentliche Grillstellen zur Verfügung stehen. Insbesondere wird auch das Errichten von kleineren Feuerstellen an ungefährlichen und unsensiblen Orten toleriert. Von zusätzlichen Grillstellen wird dringend abgeraten, weil dadurch zusätzlich Fauna und Flora belastet werden und die Abfallproblematik an den einzelnen Orten nicht zufriedenstellend im Griff zu halten ist.

Der Gemeinderat ist weiter der Auffassung, dass das vorhandene Freizeitangebot im betroffenen Gebiet der Bevölkerung in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht wird. Auf einem möglichen Plan könnten eingetragen werden: Parkplätze, Grillplätze, Forsthaus Muntel, sämtliche Sitz- und Waldbänke, Brunnen, Vita-Parcours, Aussichtspunkte, Fuss- und Wanderrouen, Robidog-Standorte.

Thomas Bodmer: Ich wehre mich nicht gegen die Entgegennahme. Es gibt aber eine Diskrepanz zwischen dem Titel des Postulates und dem Inhalt. Im Titel spricht man noch von der Mehrzahl der Naherholungsgebiete. Im Inhalt ist aber nur noch von Lägern und Eigi die Rede. Es gibt noch andere Naherholungsgebiete, dazu zählen Chlosterschür oder Stausee. Diese müssten auch noch einbezogen werden.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Es ist richtig, was Thomas Bodmer sagt. Der Antrag im Postulat führt aus: Das Naherholungsgebiet Lägern-Eigi soll in Zusammenarbeit mit der Stelle Standortförderung und eventuell unter Einbezug der Ortsbürgergemeinde Wettingen für breite Bevölkerungskreise besser bekannt und zugänglich gemacht werden. Aus diesem Grund kann nur darüber debattiert werden. Aber mit dem Agglomerationsprogramm Limmattal ist auch noch dieses Gebiet zu betrachten.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst stillschweigend folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat Fraktion CVP vom 12. März 2009 betreffend Aufwertung unserer Naherholungsgebiete wird überwiesen.

8. Postulat Thomas Bodmer, SVP, vom 14. Mai 2009 betreffend Senkung der Strompreise und transparente Abrechnung des EWW; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Thomas Bodmer: Ich danke dem Gemeinderat für die ausführlichen und interessanten Informationen. Habe noch folgende Aspekte, die nach meiner Meinung in der Antwort fehlen. Es geht um den Kern, den ich speziell beleuchten wollte. Es ist nicht plausibel erklärt worden, wieso aus der Strompreiserhöhung für das EWW etwas hängen bleiben muss. In der Vergangenheit ist im EWW immer gut gewirtschaftet worden. Es konnten Gewinne verbucht werden. Das EWW hat viele flüssige Mittel. Es ist nicht absehbar, was mit den vorhandenen Mitteln passieren soll. Es gibt Anzeichen, dass die Gewinne noch weiter zunehmen werden. Es wurde versprochen, dass mit dem Direktanschluss beim Limmatkraftwerk einen günstigeren Einstandspreis für den Strom erhalten werden.

Vielleicht sind diese Fragestellungen nur zwischen den Zeilen zu lesen gewesen. Ich stelle die Fragen nicht nur um der Fragen willen. Ich stelle sie deshalb, weil ich den Eindruck habe, dass die Mittel in nicht effizienter Weise eingesetzt werden, ohne dass man noch mitbestimmen kann.

Vor Jahrsfrist war zu vernehmen, dass das EWW unterirdisch Lagerräume bauen wolle, die drei - bis zehnmal teurer wären als vergleichbare oberirdische Lokalitäten. Im Bereich Wasser will man das Pumpwerk verlegen, ohne das Motiv zu erkennen. Man will das der Wasserkasse belasten. Es ist gefährlich, wenn im EWW an verschiedenen Orten Gelder angeäuffnet werden. Es sind Fehlinvestitionen getätigt worden. In der Stromwirtschaft hat es auch Fehlinvestitionen im Ausland gegeben.

Gemeinderat Roland Kuster: Ich danke Thomas Bodmer für die Fragen in seinem Postulat. Der Gemeinderat hat beraten, wie am besten zu den Fragen Stellung genommen werden soll. Die Thematik beinhalten eine gewisse Komplexität und auch Aktualität. Aus diesen Gründen, gerade wegen der Komplexität, haben wir uns für eine schriftliche Beantwortung entschlossen.

Ich mache keine Kurzzusammenfassung des schriftlichen Papiers. Ich schicke aber voraus, dass wir uns nicht im Kanton Tessin befinden. Die Tessiner EW's haben Investitionen gemacht, die nicht nötig gewesen wären und sich mittlerweile gerächt haben. Die Mittel des EW Wettingen werden erst auf Beschluss des Einwohnerrates verwendet. Es werden auch keine speziellen Kassen geführt. Sollte ein Werkhofstandort geprüft werden müssen, so liegt eine solche Prüfung noch in der Kompetenz der EWW Geschäftsleitung. Daraus resultierende Kreditanträge würden dem Einwohnerrat unterbreitet. Heute liegt kein Antrag vor zu einem unterirdischen Bau eines Werkhofes.

Im Strombereich ist in der kurzen Vergangenheit einiges in Bewegung geraten. Dabei kann das eigene EWW nicht immer alleine agieren. Es sind enge Rahmenbedingungen gegeben. Sie führten dazu, dass die gesamte Stromkonzeption des EWW überdacht werden musste. Die Vorgaben stammten aus dem Stromversorgungsgesetz und der entsprechenden Verordnung. Die Tarife wurden entsprechend publiziert. Sie sind auch den Rechnungen an die Kunden beigelegt worden. Auf den 1. Oktober 2008 mussten die Tarife bekannt sein und der Elcom (Regulator) eingereicht werden. Der Bundesrat hat festgestellt, dass auf Grund der Stromverordnung alle Werke ihre Netze aufgewertet haben. Das führte dazu, dass einzelne Tarife angestiegen sind. Im EW Wettingen wurden die auf den 1. Oktober 2008 angehobenen Tarife über Rabattierung wieder wettgemacht. Die Vorliegetarife wurden errechnet und offengelegt. Diese wurden hochgerechnet und den Stromkonsumenten weitergegeben. Mit Rabatten wurden Korrekturen in der Höherbewertung wieder vorgenommen. In der Zusammenstellung auf Seite 2 der schriftlichen Antwort des Gemeinderates sind alle Tarifstrukturen dargestellt. Die heutige Tarifstruktur entspricht in etwas dem Niveau von 1995.

Niemand hat einen um 56 % teureren Strom erhalten. Der KNS-Tarif ist weggefallen und angepasst worden. Es erfolgte bei den Elektroheizungskunden eine Anhebung um max. 38 %. Im Postulat ist erwähnt, dass keine Preisanpassung vorgenommen worden ist. Das stimmt so nicht. Am 1. Januar 2009 ist aufgrund der bundesrätlichen Vorgabe nochmals die gesamte Netzstruktur neu bewertet worden. Eine vollständig neue Tarifierung war das Resultat davon. Die Haushaltstarife (Hoch- und Niedertarif) sind um 10 %, der Niedertarif ist sogar knapp 20 % gesenkt worden.

Wohin mit den umfangreichen Eigenmitteln? Ich bin etwas erstaunt über die Frage. Zweimal im Jahr werden Rechnung und Voranschlag durch die Finanzkommission geprüft und dem Einwohnerrat Bericht erstattet und Antrag gestellt. Aufgrund der Vorgaben der Finanzkommission ist im Jahr 2008 das Rechnungsmodell geändert und den Gemeindestrukturen angeglichen worden. Damit ist zusätzlich Transparenz gegeben. Es werden eine Betriebskostenabrechnung, eine Investitionsrechnung und eine Planerfolgsrechnung erstellt. Anlässlich der Rechnungsprüfung 2008 hat der Präsident der Finanzkommission dies ausdrücklich gelobt.

Über den Abschluss 2009 kann noch nichts gesagt werden. Aber es wird mit einem ungefähren Reingewinn von Fr. 250'000.00 gerechnet. Das entspricht etwa 2 % des Umsatzes. Das ist eine kleine Zahl in betriebswirtschaftlicher Hinsicht. Man kann von überhöhten Margen sprechen, zudem bewegen sich die Tarife des EWW im unteren Drittel der Mitbewerber.

Zur Strategie des Gemeinderates: Es wurde festgelegt, diese Projekte an die Hand genommen zu nehmen. Dazu zählen u.a. die Versorgungssicherheit bei der Trinkwasserversorgung. Das Wasser hat eine eigene Rechnung. Mit der neuen Tarifstruktur werden die Pumpwerke nicht mehr über den Stromtarif subventioniert. Das Wasserwerk zahlt die festgelegten Tarife für Industrien und Handwerk. Weiter sollen Formen der Zusammenarbeit mit Nachbarwerken geprüft werden, was auch Ragen zum zukünftigen Standort des EWW beinhaltet.

Dem Einwohnerrat wird bald eine Vorlage mit Themen der Weiterentwicklung des EWW vorgelegt werden. Darin werden auch Aussagen über die Verwendung der Eigenmittel des EWW gemacht werden.

Zum Erscheinungsbild der EWW-Kundenrechnung: Es bestehen Vorgaben für das Aufstellen der Rechnung. Der Regulator hat das so gewünscht. Die Vorgaben machen die Darstellung nicht einfacher. Auch Verrechnungen aus der Gemeinde sind in diesen Rechnungen enthalten. Zu den Reklamationen lässt sich folgendes sagen: Bei 13'000 verschickten Rechnungen gehen im Normalfall 40 – 50 Rückmeldungen ein. Das letzte Mal waren es 80 zusätzliche Meldungen.

In Bezug auf die Standorte der Pumpwerke sind wir nicht frei. Es gibt Vorgaben des Kantons, die eine Verlegung mit der Zeit nötig machen. Im Moment wird alles daran gesetzt, die beiden Pumpwerke solange wie möglich an den bekannten Standorten zu betreiben.

Thomas Bodmer: Ich danke für die interessanten Ausführungen. Ich möchte an dieser Stelle noch festhalten, dass die Strombezüger nicht immer auf dem direkten Weg über die Rabattierung informiert worden sind. Auch ist die Information zum Teil erst erfolgt, nachdem der neue Tarif schon ein Monat in Kraft war. Es ist verständlich, dass nicht mehr Reklamationen eingegangen sind, bedenkt man die Komplexität der Rechnungsdarstellung. In den Fragen, die national diskutiert werden, muss man am Ball bleiben. Für mich immer noch ungelöst bleibt die Frage, was das EWW mit dem vielen Geld macht, das über Jahre erwirtschaftet worden ist. Es gäbe immer noch Potenzial für Preissenkungen. Es könnten auch noch spezielle Aktivitäten ins Auge gefasst werden. In anderen Gemeinden werden Strombezüger, die in umweltfreundliche Heizsysteme investieren, vom EW in erheblich grösserem Ausmass unterstützt als in Wettingen. Unter diesen Gesichtspunkten danke für die Entgegennahme, aber die Abschreibung ist noch zu früh.

Werner Hartmann: Ich habe Freude, dass der Gemeinderat auch die Ansicht hat, Elektroheizungen stellen keine zeitgemässe Heizmethode mehr dar. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat die gemeindeeigenen Liegenschaften in der nächsten Zeit durchleuchten und Elektroheizungen sanieren wird.

Beschluss des Einwohnerrates

Der Einwohnerrat fasst in einer ersten Abstimmung einstimmig folgenden Beschluss:

Das Postulat Thomas Bodmer, SVP, vom 14. Mai 2009 betreffend Senkung der Strompreise und transparente Abrechnung des EWW wird überwiesen.

In einer zweiten Abstimmung wird mit 36 : 6 Stimmen beschlossen, das Postulat gleichzeitig abzuschreiben.

9. Postulat Marie-Louise Reinert, EVP, vom 14. Mai 2009 betreffend Pflege des Ortsbildes im Nahbereich - Littering 2; Entgegennahme

Marie-Louise Reinert: Ich freue mich über die Entgegennahme. Ich danke im Namen derer, die damit zu tun haben. Ich denke an die Hauswarte der Schulhäuser und anderer Bauten und Anlagen: Sie spüren den steigenden Druck auf die öffentlichen Räume am steigenden Abfall und der steigenden Verunreinigung der Anlagen.

Das Postulat formuliert den Wunsch nach mehr Personal für die Reinigung öffentlicher Anlagen, sei es durch die Einstellung von Personen zu eben diesem Zweck, sei es durch Aufstockung der Stellen im Bauamt. In beiden Fällen kostet es und wird im Budget zu berücksichtigen sein.

Statt der Bilder von ertapptem Abfall will ich Bilder von zwei anderen Orten nennen: Das eine zeigt Otelfingen, Bahnhof, zwischen Gehweg und Strasse und Perron eine Insel von groben Kieselsteinen, 60 Quadratmeter, bewachsen mit Seifenkraut und vielen andern Pionierpflanzen, es krecht und fleucht und blüht, dass es eine Freude ist. Das zweite zeigt Würenlos, grad jenseits der Wettinger Grenze. Zwischen dem Fahrradstreifen und der Strasse im Tägerhard wächst roter Mohn und Wiesensalbei und Seifenkraut.

Wenn wir Wettingen wachsen lassen wollen – es werden bald 20'000 Menschen hier wohnen – brauchen sie auch Freiräume, zum Spazieren, zum Spielen, zum Träumen, fürs Gemüt. Grün ist gut fürs Gemüt.

Ob Gartenstadt oder Dorf – zu beiden Begriffen gehört die Vorstellung von Grünzonen, wo etwas wachsen kann, nicht bloss reinigungsfreundliche Teerflächen. Ich glaube daran, dass solche naturnah gestaltete Flächen an unseren Strassen und um unsere Schulhäuser zahlreicher werden. Wir betreiben ja Standortmarketing und wollen uns gut präsentieren.

Die einfachste Oberfläche für eine Reinigungsmaschine ist Teer oder Asphalt. Wenn wir in Wettingen das Ortsbild pflegen wollen, liegt es auch im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner, dass wir hier und dort mehr als Teer anbieten: Flächen, wo Kinder etwas anderes spüren: Kiesel, Mergel, Trockenrasen, und was es sonst an natürlichem Boden und Wachstum gibt, wie es die neuen Schulhausumgebungen anbieten. Etwas fürs Gemüt und gegen Gewalt. Damit steigt aber der Reinigungsaufwand. Diesem Umstand wird durch die Anträge im Postulat Rechnung getragen. – Ich danke dem Gemeinderat für die Entgegennahme.

Gemeinderat Felix Feiner: Der Werkhof hat in der letzten Zeit zusätzliche Reinigungsaufgaben übernommen. Ich erwähne die Reinigungen am Samstag an der Landstrasse, z.T. auch noch am Sonntag. Das bindet aber Mittel. Der Stellenplan nach LOWA ist nicht ausgeschöpft worden. So wird mit dem Voranschlag 2010 eine Stelle mehr beantragt. In diesem Sinne nehmen wir das Postulat entgegen, ohne heute schon genau zu sagen, wie umgesetzt werden soll.

Thomas Meier: Die Annahme, dass der niederschwellige Arbeitsplatz für einen Stundenlohnansatz von Fr. 50.00 koste, bedeutet umgerechnet einen Monatslohn von Fr. 9'000.00. Aus der Sicht einer Bezirksschullehrerin mag das ein niederschwelliger Arbeitsplatz sein. Aber ich meine, dass dies ein stolzer Lohn ist. Sollte neben der vorgesehenen Stelle noch ein niederschwelliger Arbeitsplatz eingerichtet werden, so dürfte das nicht zu verbindlich angesehen werden für die Lohnverhandlungen. Es ist ein marktgerechter Preis zu zahlen.

Marie-Louise Reinert: Es soll mit einer solchen Berechnung kein Lohndumping betrieben werden. Die Zahl stammt aus fachmännischer Quelle.

Felix Feiner: Es können auch noch Lösungen über Beschäftigungsprogramme gesucht werden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst stillschweigend folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat Marie-Louise Reinert, EVP, vom 14. Mai 2009 betreffend Pflege des Ortsbildes im Nahbereich - Littering 2 wird überwiesen.

10. Interpellation Josef Wetzel, SP, vom 14. Mai 2009 betreffend gefährliche Schlaglöcher und Strassenzustand; Beantwortung

Josef Wetzel: Ausgelöst worden ist der Vorstoss aufgrund verschiedener Reklamationen betreffend der Schlaglöcher. Solche haben sich in der letzten Zeit gehäuft. Die Strassen sind ein sichtbarer Teil der Gemeindeinfrastruktur. Alle können wir diesen Zustand als Strassennutzer sehr leicht ablesen. Man reagiert sensibel als Velofahrer. Ich nehme deshalb die Strassen als Beispiel, um über die Infrastrukturfürsorge allgemein etwas zu erfahren. Wird in Wettingen weniger Infrastrukturfürsorge betrieben als nötig wäre?

Gemeinderat Felix Feiner: Zur Frage 1: Gemeindestrassen: Grundsätzlich ist die Bau- und Planungsabteilung für den Werterhalt der Infrastrukturbauten zuständig. Im Zusammenhang mit der koordinierten Bauweise (Strassen und Werkleitungsbau) werden die Strassen entsprechend ihres baulichen Zustandes eingegeben, koordiniert und nach Massgabe der Dringlichkeit aller Beteiligten saniert.

Für diese Arbeiten stehen jährlich Fr. 300'000.00 zur Verfügung. Zusätzlich werden laufend kleinere Belagsschäden repariert bzw. Optimierungen und Anpassungen vorgenommen. Dazu stehen Fr. 330'000.00 zur Verfügung.

Kantonsstrassen: Bei den Kantonsstrassen ist für den Unterhaltsdienst des Kantons der Strassenunterhalt II zuständig.

Zur Frage 2: Kleinere Reparaturen (Kaltbelag) werden durch den Werkhof selbständig ausgeführt. Grössere Reparaturen (ganze Belagsflicke ab 0.10 m²) werden durch Dritte, teils in Zusammenarbeit mit dem Werkhof, im Rahmen des laufenden Unterhaltsbudgets ausgeführt, wobei die Bodentemperatur für Deckbeläge mindestens 10°C betragen muss. Dies ist auch der Grund, weshalb im Winterhalbjahr allfällige Belags-Frostschäden nicht umgehend repariert werden können.

Zur Frage 3: Die Bau- und Planungsabteilung führt einen Strassenzustandskataster, welcher zurzeit überarbeitet und optimiert wird. Werkhofangestellte melden im Rahmen ihrer ordentlichen Tätigkeit (zum Beispiel Kehrrechtsammeltour) Schäden an Strassen. Im Büro des Strassenmeisters wird eine entsprechende Liste geführt und laufend aktualisiert sowie mit der Bau- und Planungsabteilung abgeglichen.

Zusätzlich meldet die Polizei schadhafte Stellen. Weitere vereinzelte Hinweise treffen ebenfalls aus der Bevölkerung ein. Die aufgelisteten Schäden werden aufgrund des Schadenbildes, der Grösse und der Strasseneinteilung priorisiert und nach vorangegangener Submission entweder gänzlich oder in Zusammenarbeit mit Strassenbaufirmen behoben.

Zur Frage 4: Die Bevölkerung kann sich sowohl an den Werkhof, an die Bau- und Planungsabteilung oder aber auch an die Polizei Wettingen wenden.

Zur Frage 5: Sobald ein Schaden festgestellt wird, werden zuerst die für diesen Strassenabschnitt allfällig bereits schon terminierten Sanierungsmassnahmen überprüft. Danach werden je nach Schadensgrösse (Warmbelag) entweder ein Leistungsverzeichnis erstellt oder eine Submission durchgeführt und via Gemeinderat die Arbeiten vergeben. Dabei spielen auch die Bodentemperaturen eine Rolle, das heisst von Oktober bis Ende April sind keine Belagsarbeiten möglich.

Beim Kaltbelag ist vor allem auf die Personalsituation Rücksicht zu nehmen. Die Personalsituation im Werkhof erlaubt es nicht, sofort immer und überall zu sein. Der Werkhof führt über diverse Arbeiten eine Pendenzenliste, welche nach und nach abgearbeitet wird.

Zur Frage 6: Die Lebensdauer einer Strasse beträgt je nach Unterhaltsbudget und Verkehrsbelastung zwischen ca. 30 und 50 Jahren, das heisst jährlich müssten somit zwischen 1'200 und 1'700 m² erneuert werden.

Zur Frage 7: Bei 60'000 m Strassen mit einer durchschnittlichen Breite von ca. 6.50 m und durchschnittlichen Kosten von Fr. 180.00/m² beträgt der gesamte Investitionsbedarf für die Sanierung der Strassen rund 70 Mio. Franken.

Da sehr viele Strassen in den 50-er und 60-er Jahren des letzten Jahrhunderts erstellt wurden, besteht ein gewisser überdurchschnittlicher Investitionsbedarf.

Eine weitere Kapazitätssteigerung ergab sich mit der Aufstockung der Bau- und Planungsabteilung im Tiefbaubereich im Jahr 2008. Aufgrund der jeweiligen Planungszeiten wird dies ab Herbst 2009 auf den Wettinger Strassen mit dem Start der Baustellen Klosterfeld 1 und Rebbergstrasse bemerkbar werden.

Josef Wetzel: Die technische Antwort ist durchaus befriedigend. Es fällt ein gewisser Widerspruch auf. Die Strassen haben eine Lebensdauer von 30 bis 50 Jahre. Andererseits stammen aber zahlreiche Strasse noch aus den 50er Jahren. Also müsste der Unterhalt schneller erfolgen als er in der Vergangenheit getätigt worden ist. Die Politik mit tiefen Steuerfuss und schlanker / magersüchtiger Verwaltung führt zu Stau. Das ist nicht vereinbar mit dem Bedarf im Werterhalt. Man muss über die Querschnittaufgabenuntersuchung die nötigen Massnahmen einleiten.

Pius Benz: Ich bin etwas erstaunt über dieses Postulat. Da regt man sich über einpaar Schlaglöcher auf. Sie tragen doch zur Verkehrsberuhigung bei. In den Tempo 30-Zonen hat man für teures Geld Schanzen aufgebaut. Auch hier kommt es zu Schlägen. Auf der einen Seite wünscht man die Hindernisse. Auf der anderen Seite verursachen sie ein Ärgernis.

Thomas Meier: Der Interpellant stellt in den Raum, dass wegen des tiefen Steuerfusses zu wenig investiert wird. Auch wenn es zum zehnten Mal gesagt wird, so ist die Aussage nicht wahrer.

Beschluss des Einwohnerrates

Von der Beantwortung der Interpellation Josef Wetzel, SP, vom 14. Mai 2009 betreffend gefährliche Schlaglöcher und Strassenzustand wird Kenntnis genommen.

11. Interpellation Wassmer Christian, CVP, vom 25. Juni 2009 betreffend schulergänzende Kinderbetreuung; Beantwortung

Christian Wassmer: Die Interpellation liegt allen schriftlich vor und wir hatten in der letzten Sitzung zum Rechenschaftsbericht bereits das Thema kurz aufgenommen. Vorneweg möchte ich ausdrücklich betonen, dass sowohl ich persönlich wie auch die CVP Fraktion hinter der Sache der Schulergänzenden Kinderbetreuung stehen. Es müssen aber Fragen zur Trägerschaft erlaubt sein, um diese gute Sache nicht zu gefährden. Wir wollen ja kein Schlamassel wie in Baden, wie wir den Medien entnehmen konnten, und schauen frühzeitig. Ich bin nun gespannt auf die Antworten des Gemeinderates.

Vizeammann Heiner Studer: Selbstverständlich ist es eine Funktion des Parlamentes, Fragen zu stellen, wenn gewisse Dinge anders gesehen werden. Wir haben feststellen müssen, dass offenbar Missverständnisse betreffend der Finanzen vorhanden sind. Das geht aus dem einführenden Text hervor.

Fragen nach dem Vollzug der Leistungsvereinbarung: Das ist klar der Fall. Von Anfang an war klar, dass überall, wo solche Einführungen gemacht worden sind, es drei bis fünf Jahre braucht wird, bis solche ergänzende Angebote auf die Zahlen kommen, die eigentlich wünschbar sind. Es gibt dafür verschiedene Gründe. Es wäre die Zahl sechs wünschenswert. In den Anfangsjahren kann diese nicht zwingend erfüllt werden. In keinem Gremium ist eine solche Aussage protokolliert. Ich stehe aber dazu, dass es die Zielsetzung ist, auch wenn dazu eine Übergangszeit eingeräumt werden muss.

Würden die Betreuungseinheiten wegen des tiefen Interesses nicht angeboten, so würde das Konzept nicht erfüllt. Dieses sieht vor, dass jeden Morgen von 08.00 bis 12.00 Uhr und an den Schulfachmittagen eine Betreuung gewährleistet ist. Die Punkte der Leistungsvereinbarung werden vollzogen. Das wird überprüft. Die Zahlen zeigen eine langsame Zunahme auf. Man ist aber klar noch nicht auf dem wünschenswerten Niveau.

Frage der Information: Schon an der letzten Sitzung konnte erwähnt werden, dass die neue Homepage aufgeschaltet worden ist. Darauf sind eine ganze Reihe aktueller Informationen zu erfahren.

Frage nach der Überwachung der Trägerschaft: Im Gemeinderat gehört das Thema in das Ressort Bildung. Ich bin damit der direkte Ansprechpartner. Ich bin regelmässig im Gespräch mit den Verantwortlichen. Gibt es Fragen, welche die Schulpflege betreffen, so ist das zuständige Mitglied der Schulpflege anzusprechen. Das ist aktuell Claudia Berli, die auch Mitglied des Einwohnerrates ist. Im Falle der Schulleitungen muss Dominik Zehnder angesprochen werden. In der Verwaltung hatte dieses Thema bislang Sibylle Strebel, Gemeindegemeinschafts-Stv., betreut. Ihre Nachfolgerin wird sich wieder damit befassen müssen. Der Informationsaustausch mit dem Verein funktioniert. Insbesondere werden die Fristen, z.B. bei Akonto-Zahlungen, eingehalten.

Frage der finanziellen Situation: Es kann festgehalten werden, dass der Gemeinderat letztes Jahr mit der Einladung zur Generalversammlung vom 6. November 2008 die Rechnung des ersten Betriebsjahres erhalten hat. Sie ist am 28. Oktober 2008 zur Kenntnis genommen worden. Die Rechnung war insofern noch nicht vollständig oder abgeschlossen, da der Kanton erst nach der Rechnungslegung mitteilt, was der Anspruch an Unterstützungen durch den Kanton ausmacht. In diesem Punkt hat der Einwohnerrat den Auftrag gegeben, dass die Trägerschaft sich beim Bund und beim Kanton um die maximalen Unterstützungen bemühen muss. Der kantonale Sozialdienst hat Ende des letzten Jahres einen Entscheid getroffen. Dieser hat nicht den Berechnungen des Vereins entsprochen. Es wurde das Rechtsmittel dagegen ergriffen. Der Regierungsrat hat am 1. Juli 2009, also nach der letzten Einwohnerratssitzung, entschieden und dem Verein Recht gegeben. Aufgrund dieses Entscheides konnte die ergänzte Abrechnung gemacht werden. Die Finanzkommission ist darüber in Kenntnis gesetzt worden.

Der Verein hat dem Gemeinderat die revidierte Rechnung für das erste Betriebsjahr unterbreitet. Demnach beträgt der Gemeindebeitrag der Gemeinde noch Fr. 122'164.20. Es wurden aber Akonto-Zahlungen von Fr. 200'900.00 geleistet. Diese werden mit der nächsten Abrechnung verrechnet. Demzufolge kann der Betrag im Voranschlag 2010 auch noch um Fr. 70'000.00 reduziert werden. Unter diesen Voraussetzungen müssten künftig die Gelder von Bund und Kanton innerhalb des Kalenderjahres vereinnahmt werden können.

Fragen nach dem Kostendeckungsgrad: Der Kostendeckungsgrad bewegt sich klar innerhalb der Bandbreite gemäss damaliger Vorlage. Es wurde ausgeführt, dass gemäss den Erfahrungen nach Elternbeitragsreglement die Kostendeckung zwischen 30 und 40 % liegt. Aktuell beträgt die Kostendeckung rund 35 %.

Frage nach dem Ausblick: Diese Frage wurde nicht offiziell gestellt, lässt sich aber ableiten. Das Vernehmlassungsverfahren in den Fraktionen ist im Frühjahr abgeschlossen worden. Aufgrund der Stellungnahmen ist noch nicht eindeutig abzuleiten, was zu machen ist. Der Gemeinderat hat demzufolge beschlossen, vorderhand keine weiteren Anträge zu stellen. Im Legislaturprogramm ab 2010, das der Gemeinderat in der kommenden Amtsperiode erstellen wird, sind aber klare Aussagen zum Thema zu machen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus den Fraktionen soll in einer frühen Phase miteinbezogen werden.

Christian Wassmer: Ich möchte mich herzlich bedanken für die Antworten. Die Interpellation hat offenbar etwas ausgelöst. Es ist nur schade, dass sie überhaupt erforderlich war.

Die Internetseite, eiligst am Tag der letzten Einwohnerratssitzung aufgeschaltet, ist seit diesem Tag wieder im Dornröschenschlaf. Es sind unkorrekte oder veraltete Angaben zu finden (z.B. Vorstandsmitglieder). Ich hätte mir gewünscht, dass heute eine Abschlussrechnung vorliegt. Ich habe aber die Geschwindigkeit des Verwaltungsapparates überschätzt.

Die Leistungsvereinbarung enthält keinerlei Vorgaben zu den im Einwohnerrat diskutierten Minimalzahlen pro Betreuungseinheit. Es ist vorhin durch Heiner Studer bestätigt worden, dass die Zahl sechs einen Zielwert bedeutet, der aber nicht genau festgehalten worden ist. Vergleicht man die Analyse, die im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zugestellt worden ist, so sind durchschnittlich 2,1 Kinder im ersten Betriebsjahr und 4,1 Kinder im zweiten Betriebsjahr in den Betreuungsstunden, wenn der Mittagstisch und die Stunde von 11.00 bis 12.00 Uhr ausgenommen wird. Ich hoffe darauf, dass im dritten Betriebsjahr die Zahl sechs erreicht wird. Es wären ja sechs über alle Schulkreise. Ich erwarte in diesem Punkt eine frühzeitige Anpassung des Leistungsauftrags. Für mich ist die Einführungsphase sicher nicht drei bis fünf Jahre, sondern drei bis fünf Semester. Aktuell befinden wir uns im fünften Semester. Die Kündigungsfrist läuft am 31. Dezember ab. Vorher muss die Leistungsvereinbarung aktualisiert werden. Andernfalls würde ich mir weitere politische Schritte vorbehalten.

Ich rege an, dass im Rahmen der soeben bewilligten Überprüfung der Strukturen der Querschnittsaufgaben auch die Trägerschaft der schulergänzenden Kinderbetreuung betrachtet wird. Mit Blick auf die Finanzkommissionsvertreter gehe ich davon aus, dass mit einem kritischen Auge Budget und Rechnung des Vereins angeschaut werden. So kann mit einem guten Gewissen die ansich gute Sache weitergeführt werden. Ein Schlamassel wie in Baden ist zu verhindern.

Werner Hartmann: Ist die Gemeinde als Rechnungsrevisorin im Verein vertreten? Sollte das nicht der Fall sein, so würde ich anregen, dass die Gemeinde dem Verein das Angebot macht, jemanden aus der Finanzkommission oder der Finanzverwaltung in die Revision zu wählen. Es gibt bei uns Personal im Rathaus, das sich mit Abrechnungen und Subventionen auskennt und sich einbringen kann.

Esther Elsener Konezciny: Ich unterstütze das Votum betreffend der Querschnittsaufgaben. Es gibt noch andere Dinge, welche die Gemeinde beaufsichtigen muss. Dazu gehören Betreuungseinrichtungen im Dorfschulkreis, bei den Tageseltern etc. Wir haben nun die Chance zu sehen, wer sich alles mit so Familienfragen befasst. Wäre es allenfalls nicht sinnvoll, das zentral mit der entsprechenden Fachkompetenz irgendwo anzusiedeln. Es ist der ganze Bereich ansehen. Das kommt auch noch im Postulat zur familienfreundlichen Gemeinde zum Ausdruck.

Zur Auslastung: Während die Tagesstrukturen (Horte) gut aufgegleist sind und die Auslastungen berechenbar bleiben, muss in den anderen Bereichen geschaut werden, dass diese Angebot auch weiter bestehen bleiben kann.

Thomas Bodmer: Noch eine Bemerkung zu Heiner Studer. Ich war damals in der Finanzkommission als das Geschäft intensiv beraten worden ist. Es war nie die Rede davon, dass es zwei Jahre gehen werde, bis einigermaßen vertretbare Besucherzahlen vorhanden sein werden. Wir nutzen das Angebot. Unser Sohn ist einer der 2,1 Teilnehmer der Einrichtung. Ich weiss, wie das Angebot funktioniert. Ich gehöre zu den Vollzahlern.

Die SVP hat damals schon gesagt, dass es nicht funktionieren wird. Es braucht ein Modell, das am Morgen früher anfangen und am Nachmittag länger dauern soll. Es wurde nicht gehört. Es wurde prophezeit, dass im Sinne der Salamatik schon bald eine Krediterhöhung beantragt werde. Ich bin doch froh, dass die Teilnehmerzahlen für die Angebote, nach denen offenbar eine riesige Nachfrage bestehe, so bescheiden sind. Evtl. muss auch in Wettingen wieder einmal etwas beerdigt werden, das sich finanziell nicht rechtfertigt. Das SVP Modell wird in Zofingen erfolgreich praktiziert wird und erst noch zu tieferen Kosten.

Beschluss des Einwohnerrates

Von der Beantwortung der Interpellation Wassmer Christian, CVP, vom 25. Juni 2009 betreffend schulergänzende Kinderbetreuung wird Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

Wettingen, 10. September 2009

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates
Präsident**

Hermann Steiner

Protokollführer

Urs Blickenstorfer